



**oekozenner
pafendall**



**mouvement
écologique**

Reuse – Reduce – Repair / Share – Rethink: Auf dem Weg zu einem neuen Wirtschaftsmodell

**Im Fokus: Ressourcenschutz, Kreislaufwirtschaft, Gemeinwohl, langlebige Güter,
Wiederverwendung, Reparatur und Teilen**



Reuse – Reduce – Repair / Share – Rethink: Auf dem Weg zu einem neuen Wirtschaftsmodell

Im Fokus: Ressourcenschutz, Kreislaufwirtschaft, Gemeinwohl, langlebige Güter, Wiederverwendung, Reparatur und Teilen

In den letzten Monaten wurde uns eindringlich vor Augen geführt wie fragil unser derzeitiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist. Zerstörung von Lebensräumen, übermäßiger Konsum und Ressourcenverbrauch, überbordende Globalisierung, Abhängigkeit von weltweiten Lieferketten ... sind nur einige der fatalen Grundlagen, auf die sich unsere aktuellen Modelle stützen. Dass gerade diese den wunden Punkt unserer Wirtschaft und Gesellschaft ausmachen, wurde uns durch COVID-19 noch prägnanter bewusst. Parallel zeigte sich, dass Werte, die mit Lebensformen wie "Teilen" – "Miteinander" – "Solidarität" verbunden sind, von immer mehr Menschen in den Fokus gestellt und unterstützt werden.

Es gilt sich also gerade jetzt loszulösen von einer Ideologie des "immer mehr, immer größer", auszusteigen aus der Wachstumsspirale, einem fragilen Wirtschaftsmodell, sich vom Konsumzwang zu befreien und neue zukunftsfähige resilientere und menschengerechtere Modelle aufzubauen.

Auf dem Weg zu einem neuen Wirtschaftsmodell

... so der Titel des Zwischenberichts des Projekts "Rethink", das im Rahmen einer Konvention des Oekozenten Pafendall mit dem Umweltministerium und in enger Zusammenarbeit mit dem Mouvement Ecologique entstanden ist.

Ausgangspunkt für das Projekt waren einerseits rezente Bestrebungen auf EU-Ebene zur Reduzierung des Ressourcen-Verbrauchs (Öko-Design-Richtlinie, Abfall-Rahmenrichtlinie bzw. Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft) sowie die Notwendigkeit ihrer Umsetzung in Luxemburg.

Andererseits stand der Bedarf nach einer Umorientierung des Wirtschaftsmodells und die Förderung des Gemeinwohls im Fokus. Dieser wird bereits heute von einer Reihe vielfältiger Initiativen aufgegriffen: von Repair Cafés, offenen Werkstätten bis hin zur Renovierung von Mobiliar durch Arbeitsinitiativen, die Reparatur und Wiederverwendung von elektrischen und elektronischen Geräten u.v.m. Plattformen in den sozialen Medien mit Second Hand-Angeboten stoßen des Weiteren zunehmend auf starkes Interesse. Eine Vielzahl von ihnen leisten, weitgehend auch als "bottom up"-Initiativen, einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung anderer Lebens- und Wirtschaftsformen.

Ein idealer Zeitpunkt für wichtige Weichenstellungen

Ziel des Projekts ist es, konkrete Vorschläge zu erarbeiten um auf nationaler, aber auch auf kommunaler Ebene diesen Trend zu unterstützen und weiter zu entwickeln. Das Projekt legt dabei den Schwerpunkt auf die Aspekte: **Wiederverwendung von Gütern** (reuse), **Reparatur** (repair) und **Teilen von Produkten** (sharing), mit besonderem Fokus auch auf die **Gemeinwohlökonomie**. Ein Wirtschaftsmodell, das diese Prinzipien verstärkt berücksichtigt, trägt im Übrigen auch zu einem geringeren Ressourcenverbrauch sowie zum Klimaschutz bei.

Der Zeitpunkt für politische Entscheidungen in diesem Sinn ist in Luxemburg derzeit sehr günstig: einerseits muss Luxemburg aufgrund einer EU-Direktive das **aktuelle Abfallwirtschaftsgesetz**

überarbeiten, andererseits geben der **Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft** bzw. die sogenannte **Ökodesign-Richtlinie** (z.B. im Hinblick auf die Reparaturfähigkeit von Geräten) der EU wichtige Vorgaben für die Luxemburger Gesetzgebung.

Die Reform des Abfallwirtschaftsgesetzes müsste - um in Einklang mit der Richtlinie zu stehen - bis zum 5. Juli dieses Jahres in Kraft treten (mitsamt den entsprechenden Ausführungsreglementen). Parallel wird derzeit der Klimapakt für Gemeinden reformiert, in dem ebenfalls konkrete Elemente im Sinne einer verstärkten Ressourcennutzung durch Reparatur bzw. Wiederverwendung und Teilen von Konsumgütern aufgenommen werden können.

Somit ist das Zeitfenster für entscheidende Weichenstellungen auch in Luxemburg derzeit absolut gegeben. Diese Chance darf nicht verpasst werden.

Ein Zwischenbericht mit 35 konkreten Anregungen

Der jetzt veröffentlichte Zwischenbericht zum Projekt "Rethink" listet auf 50 Seiten, neben einer Übersicht über die Entwicklungen auf EU-Ebene, die Erkenntnisse aus einer Vielzahl von Interviews mit privaten, kommunalen und staatlichen Akteuren sowie rund 35 konkrete Anregungen auf unterschiedlichen Ebenen auf.

Nachfolgend seien einige besonders zentrale Vorschläge exemplarisch dargelegt.

Nachhaltige Konsummodelle verstärkt auf EU-Niveau einfordern – und in Luxemburg umso konsequenter umsetzen

Luxemburg sollte sich auf EU-Ebene konsequent dafür einsetzen, dass die Voraussetzungen für die **Reparaturfähigkeit von Produkten** verbessert werden. Dies drängt sich vor allem auf der Ebene der Ökodesign-Richtlinie auf. Ziel muss z.B. eine **optimale Garantie der Verfügbarkeit von Ersatzteilen** sein. Parallel wäre die Einführung eines **Labels zur Reparierbarkeit und Lebensdauer von Produkten** ("Repair Score") eine sinnvolle Hilfestellung für den Verbraucher und ein zusätzlicher Anreiz für Produkthersteller in diesem Sinne aktiv zu werden.

Im Rahmen der **Mehrwertsteuerreform**, gilt es sich auf europäischer Ebene in diesem Zusammenhang auch für *reduzierte* Steuersätze in den Bereichen "Reparatur – Wiederverwendung - Teilen" einzusetzen, sei es bei den Gütern oder den Dienstleistungen. Auf nationaler Ebene braucht es in diesem Zusammenhang - im Rahmen der Reform des Abfallwirtschaftsgesetzes - eine rechtlich verbindliche Definition u.a. der Begriffe Reuse, Second hand...

Bei der Umsetzung der verschiedenen EU-Vorgaben in Luxemburger Recht – u.a. im Rahmen der Reform des Abfallwirtschaftsgesetzes – sollte der Spielraum, den die Mitgliedsstaaten bei Direktiven haben, voll ausgenutzt werden.

Da Luxemburg die Frist für die Umsetzung der EU-Direktive in die Abfallwirtschaftsgesetzgebung (5. Juli) nicht einhalten kann, gilt das was Piotr Barczak, vom Europäischen Umweltbüro, vor Kurzem erklärt hat:

"If they (governments) want more time, they should ensure their waste laws go above and beyond what was previously agreed. This is in their own interest, as the new Circular Economy Action Plan has already anticipated there will be higher targets and stricter rules which, once formally adopted, governments will have to implement."

Nationale Ebene: Ministerielle Zuständigkeiten klären

Das Handlungsfeld "Reparieren – Wiederverwenden - Teilen" ist (wie auch die Kreislaufwirtschaft als solche) eine *ressortübergreifende* Herausforderung. Derzeit gibt es jedoch noch keine klare erkennbare Kompetenz-Zuteilung zwischen den betroffenen Ministerien. Es ist unklar, welches Ministerium / welche Ministerien die Vorgaben des Koalitionsabkommens umsetzen soll/en bzw. welches Ministerium bei welchem Projekt die Federführung dabei inne hat. Diese Situation geht des Weiteren sehr zu Lasten von Initiativen, die oftmals keinen zuständigen Ansprechpartner finden.

Die Zuständigkeiten gehen derzeit in der Tat vom Umweltministerium über das Energie-, das Wirtschafts- bis hin zum Konsumentenschutzministerium, um nur einige zu nennen, die direkt betroffen sind. Zusätzlich spielt auch das Arbeitsministerium als Ansprechpartner für die "économie solidaire" eine Rolle.

Deshalb gilt es für die Regierung eine **interministerielle Arbeitsgruppe** zu schaffen sowie verstärkt eine entsprechende Absprache zu gewährleisten, um Interessen zu bündeln und Synergien zu ermöglichen. Zusätzlich sollte eine **nationale Anlauf- und Koordinationsstelle** für Initiativen gegründet werden, die Initiativen bei ihrem Entstehungsprozess begleitet und eine Koordination gewährleistet.

Parallel dazu sollte die Rolle des "*Institut luxembourgeois de la normalisation, de l'accréditation, de la sécurité et qualité des produits et services*" (ILNAS) geschärft werden. Diese Struktur ist u.a. für die Kontrolle der Umsetzung der Öko-Designrichtlinie in Luxemburg zuständig. 2018 wurden gemäß eigenen Angaben lediglich in 11 Geschäften derartige Kontrollen durchgeführt (diese Zahlen sind wohl vor allem auf die sehr niedrige Anzahl an Mitarbeiter*innen in der Abteilung der Marktaufsicht zurückzuführen). Eine Aufwertung dieser Struktur ist darum essenziell, wenn Luxemburg sich – auch in einer interministeriellen Absprache - in EU-Gremien für bessere ökologische und soziale Standards einsetzen will bzw. wenn es gilt, die Richtlinie in Luxemburg auch korrekt umzusetzen.

Vielfalt von Akteuren als Partner sehen: Im Bereich "Reuse – Repair – Share" sowohl kommerzielle Akteure wie Initiativen fördern

Es ist wichtig *alle* gesellschaftlichen Akteure für die verstärkte Förderung langlebiger Güter sowie des Reparatur- und Sharing-Gedankens mitzunehmen. Es muss alles getan werden, damit Handel und Handwerk den von der EU und der Regierung angestrebten Paradigmenwechsel in der Abfallwirtschaft bzw. dem Produktdesign mittragen, gleichzeitig aber auch "Bottom-Up"-Initiativen weiterhin eine Chance haben. Die Interessen der verschiedenen Akteure sollten offen ausgesprochen und in einem gesetzlichen Rahmen verankert werden.

Haftungsschutz klären

Die zivilrechtlichen Haftungsfragen im Bereich "Reuse – Repair – Sharing" sind derzeit nicht geklärt. Dies im Besonderen bei nicht-kommerziellen Initiativen, die in der Vorbereitung zur Wiederverwendung von z.B. Elektrogeräten aktiv sind.

Das Verbraucherministerium ist gefordert, klare Regelungen betreffend die Haftungsfrage zu treffen (dies ggf. auf Basis von Gesprächen mit dem Versicherungssektor, Verbraucherschutzorganisation).

Ressourcen effizienter in einen Kreislauf bringen – Materialflüsse optimieren

Um Ressourcen effizienter in den Kreislauf zu bringen und Materialflüsse zu optimieren, gilt es zudem die verschiedenen Akteure im Bereich "Reparieren – Vorbereiten zur Wiederverwendung - Wiederverwenden - Teilen" zusammen zu bringen und z.B. anhand einer kommunikativen Plattform zu vernetzen. Nur so kann zukünftig eine effizientere Abstimmung zwischen verfügbaren Materialien und Bedarf sichergestellt werden.

Dazu gehört u.a. die Schaffung eines nationalen **Reparatur-Registers** mit fachlich kompetenten Reparateuren (sowohl aus dem Handel wie auch von Initiativen) durch eine Weiterentwicklung der aktuellen Plattform "Flücken a Léinen", die Schaffung einer **Materialbörse** im Bausektor, ggf. eine **Ausleih-Plattform** für Möbel (z.B. für Studenten*innen) wie auch die **Förderung lokaler oder regionaler Tausch- und Ausleihplattformen**.

Schaffung multifunktionaler Ressourcen-Zentren auf kommunaler Ebene

Die Abfallwirtschaft gehört zu den obligatorischen Aufgaben auf kommunaler Ebene: somit können Gemeinden bzw. Gemeindesyndikate - neben klassischen Recycling-Angeboten - verstärkt dazu beitragen, dass Produkte nach Ende ihrer Nutzung durch einen Eigentümer in gleicher oder veränderter Form weiter genutzt werden können.

Die Möglichkeiten diese Reform nun durchzuführen sind optimal. So wird derzeit nicht nur, wie bereits angeführt, das Abfallwirtschaftsgesetz überarbeitet, sondern zudem ebenfalls das aktuelle Großherzogliche Reglement von 1993 über die Einrichtung und Verwaltung von Recyclingzentren. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft gilt es weg von klassischen Recycling-Zentren hin zu Ressourcen-Zentren zu gelangen. Ziel muss es sein, in diesen Zentren verstärkt sogenannte Abfallstoffe zu sammeln, um sie - durch eine entsprechende Vorbereitung zur Wiederverwendung - als Ressource weiter nutzen zu können. Es liegt auf der Hand, dass eine Fortbildung des Personals der Zentren in diesem Sinne erforderlich ist.

Gerade hierbei bieten sich zudem interessante Synergien zwischen Abfallsyndikaten und sozialwirtschaftlichen Arbeits-Initiativen an.

Da die Gemeindeautonomie erhebliche Handlungsfreiheiten auch innerhalb der Gemeindesyndikate erlaubt, ist eine landesweite Harmonisierung der Rahmenbedingungen u.a. für die Gestaltung, die Funktionsweise und die personelle Ausstattung der zukünftigen Ressourcen-Zentren im Rahmen der Reform der Gesetzgebung notwendig.

Akzente bei öffentlichen Ausschreibungen setzen

Aus vielerlei Hinsicht drängt es sich auf, Akzente im Rahmen der öffentlichen Ausschreibungen zu setzen. In aller Munde ist dabei immer wieder die Förderung regionaler Bio-Lebensmittel. Doch gleiches gilt für die Integration von Bestimmungen zur Nutzung wiederwendbarer Güter, die Förderung von Gemeinwohliniatiiven und der Solidarwirtschaft, von Sozialklausen u.a.m. in den Lastenheften. Hier sollten seitens der zuständigen Ministerien modellhafte Lastenhefte erstellt werden für Ausschreibungen auf nationaler – aber selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene.

Zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte auf nationaler und kommunaler Ebene verstärkt fördern

Aufgrund ihrer Erfahrungen können die bestehenden Initiativen besonders gut darlegen, welche Schritte vor allem Staat und Gemeinden in die Wege leiten können, um sie verstärkt zu fördern. Die Schaffung einer nationalen Anlauf- und Koordinationsstelle, welche die Vermittlung von Informationen und Anleitungen für bestehende oder neu gegründete Initiativen im "Reuse – Repair – Share"-Bereich übernimmt, eine Hilfestellung bei logistischen, räumlichen, personellen und finanziellen Problemen (Räumlichkeiten zur Lagerung u.a.m.), die Schaffung zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten u.a.m.

Die Gemeinden sollten sich aber ebenfalls in der Rolle der Förderer sehen, um u.a. kommunale Sharing-Initiativen auszuweiten, durch die Erstellung von Online-Ausleih-Plattformen oder indem öffentliche Räume systematisch zugänglicher gemacht werden, damit die Bürger*innen einen Ort haben, wo Sie gemeinschaftliche Aktivitäten abhalten können, wie u.a. auch ein "Repair Café". Der Fokus sollte hierbei im Besonderen auf dem Zusammenbringen von Menschen und einem intergenerationellen und -kulturellen Austausch liegen.

Bildung und Sensibilisierung als Rahmen

Den Paradigmenwechsel in der Ressourcen-Nutzung und der Abfallwirtschaft gilt es über die Bildung und Sensibilisierung in allen Lebensbereichen zu verankern, z.B. im Rahmen der beruflichen und anderer Weiterbildung eine gezielte Verbraucherbildung, staatliche Sensibilisierungsaktionen, die Integration in schulische Curricula und die Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen u.a.m. Dabei bietet sich eine Informationsvermittlung über Open-Source-Quellen mit frei verfügbaren Reparaturanleitungen, die Möglichkeit der Bestellung von Werkzeugen zur Reparatur u.a.m. an.

Neue Wege des Konsums, des Wirtschaftens ... als neue Formen des Miteinanders und der Wirtschaft

Der Themenbereich "Reuse-Repair-Share" im Rahmen der Gemeinwohlökonomie erlaubt es den Ressourcen- und Energieverbrauch maßgeblich einzudämmen, wenn unsere Art und Weise des Wirtschaftens nachhaltig und zukunftsfähig gestaltet werden soll.

Dies spricht dafür, dass Staat und Gemeinden aktiver in diesem Sektor werden. Darüber hinaus helfen sie aber auch resilientere Gesellschaften zu schaffen, die weniger abhängig sind von globalen Lieferketten und Stoffströmen.

Zusätzlich steht das Konzept aber ebenfalls für eine Wende in der Art und Weise, wie die Wirtschaft und Gesellschaft organisiert wird. Zahlreiche Initiativen leben bereits die Vorteile des Sharings, also des Teilens, der Solidarwirtschaft vor. Sie stehen dafür ein, dass eine Wirtschaft nicht in einem anonymisierten Raum auf Ressourcenverbrauch gründen muss, sondern in erster Linie im Sinne des Gemeinwohls.

Detaillierte Stellungnahme : www.oekozeniter.lu – www.meco.lu oder gratis zu bestellen unter oekozeniter@oeko.lu

Kontakt: Christophe Murroccu - christophe.murroccu@oeko.lu